Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum **voraus zahlbaren** Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

Nr. 32. Donnerstag, 2. August. **1883.**

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Liberale Zukunftspolitik.

Berlin, 24. Juli 1883.

Den deutschen Liberalen (die Fortschrittspartei mit eingeschlossen) bietet die Gegenwart so wenig Erfreuliches, daß man ihnen nicht verargen kann, wenn sie die Blicke in die Zukunft richten und für die traurige Gegenwartspolitik in einer heiteren Zukunftspolitik Trost suchen. Die Zukunftspolitik — das ward in diesem Blatte schon früher angedeutet — beruht auf einer Hypothese*) und auf einer Mythe**): auf der Hypothese, daß der im 87. Jahre stehende Kaiser Wilhelm in Kürze (trotz der ihm angedichteten Phönix-Verjüngung) der Natur ihren Tribut werde zahlen müssen; und auf der Mythe vom „liberalen Kronprinzen". Was die Hypothese betrifft, so hat sie ja unzweifelhaft Manches für sich. Kaiser Wilhelm ist zwar „unsterblich", wie die Anbeter des Heldengreises versichern, allein daß er ewig leben wird, ist doch wohl kaum anzunehmen, und sofern nicht bis dahin ganz Unvorhergesehenes eintritt, wird nach seinem Tod auch ein neuer Kaiser in Gestalt des Kronprinzen auf den Thron kommen.

Und die Mythe vom liberalen Kronprinzen — wer kennt sie nicht — diese uralte Mythe, die seit Jahrhunderten die geduldigen Völker in Ruhe hält und die, obgleich in jedem einzelnen Fall bisher ausnahmslos der Hoffnung die Enttäuschung gefolgt ist, doch auch heute noch von Millionen geglaubt wird?

Unter dem Vater des jetzigen Kaisers grassirte der Mythus vom liberalen Kronprinzen mit besonderer Intensivität.

Kam der junge Friedrich Wilhelm auf den Thron — so begann eine neue Aera und das Volk wurde frei und glücklich. Nur wenige Querköpfe waren anderer Meinung, und als das Erhoffte endlich sich verwirklichte und der liberale Kronprinz den Thron bestieg, da heftete einer jener unverbesserlichen Skeptiker an das Schloß einen Zettel mit den Worten:

> Du wohnest zwar in Sanssouci,
> Doch Friedrich der Große wirst Du nie,
> Als Kronprinz hast Du uns viel verheißen,
> Als König wirst Du uns was —

Das Schlußwort, welches das parlamentarische Bürgerrecht noch nicht erlangt hat — obgleich dies wohl bald geschehen dürfte — muß der Leser sich selbst ergänzen.

Parlamentarisch war das Epigramm nicht, aber prophetisch. Wie vollständig es eingetroffen ist, das lebt noch in frischem Andenken. Und jetzt, nach fast einem halben Jahrhundert, nachdem der Bruder jenes viel verheißenden Kronprinzen durch eine wunderbare Verkettung von Umständen und eine noch wunderbarere Gedächtnißschwäche des Volkes aus dem verhaßten reaktionären Gardekürassierprinzen zu einem liberalen Regenten, populären König und populäreren Kaiser geworden ist, dessen Popularität aber nicht mehr die immer tiefer und allgemeiner werdende Unzufriedenheit mit dem in seinem Namen ausgeübten Regimente zurückzudrängen vermag — jetzt grassirt der Mythus vom liberalen Kronprinzen wieder mit derselben Intensivität wie zu Ende der dreißiger Jahre. Wird die Enttäuschung ebenso groß sein? Zwar wäre es zu viel gesagt, wollten wir behaupten, der Liberalismus aller Kronprinzen sei bloß politische Komödie und Berechnung und, einmal auf dem Thron, wären die liberalen Kronprinzen genau so reaktionär wie ihre reaktionären Vorgänger. Warum soll es nicht Kronprinzen geben, die Illusionen und ernst gemeinte Reformpläne haben? Freilich die Illusionen verfliegen, sobald erst die monarchische Regierungspraxis beginnt, und mit den Illusionen die Reformpläne.

Und es hieße den Kronprinzen und Fürsten überhaupt eine viel zu hohe Bedeutung beilegen, trauten wir ihnen die Fähigkeit zu, sich dem Einflusse der Zeit zu verschließen und nach ehernen, sich gleich bleibenden Grundsätzen zu regieren. Nein, etwas liberaler als sein Vorgänger ist jeder Fürst — und hier steckt das Körnchen von Wahrheit im Mythus vom liberalen Kronprinzen — etwas liberaler als sein Vorgänger ist jeder Fürst, allerdings meist liberal wider Willen, „mehr der Noth gehorchend als dem eigenen Triebe", und unter dem allmächtigen Druck der geschichtlichen Entwicklungsgesetze. Diesen Gesetzen müssen sogar „eiserne" Reichskanzler sich unterwerfen, geschweige denn Kronprinzen, die Alles in der Welt sein mögen, nur nicht eisern.

Der „liberale Kronprinz" von heute ist sicherlich nicht von Eisen — und darum schon kann er den „eisernen" Reichskanzler nicht leiden. Insoweit gehen die liberalen Zukunftspolitiker von richtigen Voraussetzungen aus. Unter dem Pantoffel seiner englischen Frau stehend, die ihm den in England üblichen liberal-konservativ-parlamentarischen Firniß aufgestrichen hat, betrachtete der Kronprinz den Reichskanzler vom Moment an, wo derselbe an's Ruder gelangte, mit unsympathischen, ja antipathischen Blicken. Er trug Sorge, die Welt wissen zu lassen, daß er nicht mit ihm harmonire. Als im Juni 1863 die berüchtigten Junioordonnanzen die fortschrittliche Presse knebelten und die Entrüstung über die Bismarck'sche Wirthschaft auf's Aeußerste steigerten, da beeilte der Kronprinz sich, in der famosen Danziger Rede zu erklären, daß er an den Ordonnanzen ganz unschuldig sei — was allerdings sehr wahr war. Und genau ebenso hat er vor drei Monaten, als die berüchtigte kaiserliche Botschaft vom 14. April auch den hammelhaftesten Philister in Harnisch brachte, nicht unterlassen können, zu betheuern, daß er an jener Botschaft ganz unschuldig sei, was wiederum die strikteste Wahrheit. Wir könnten Dutzende ähnlicher Anekdoten, und noch obendrein echter, erzählen, welche die Antipathie des „liberalen Kronprinzen" gegen den Fürsten Bismarck bekunden. Und die Antipathie ist keine erheuchelte. Man denke sich nur in die Lage des Kronprinzen hinein: er ist längst im zweiten Halbjahrhundert seines Lebens, also in einem Alter, wo Jedermann der Regel nach in seinem Geschäft schon das Tüchtigste geleistet hat, und er hat in seinem Geschäft (c'est mon métier d'être roi, meinte einst Joseph II.) noch absolut gar nichts geleistet. Er hat auf die Regierung nicht den mindesten Einfluß, hat mit Bezug auf die Regierung so gut wie nichts zu thun und muß, damit manchmal von ihm geredet wird, die komischsten, offenbar von der tödtlichsten Langeweile eingegebenen Allotria treiben: als Dorfschulmeister unterrichten, im Schwimmbad sich mit den Soldaten balgen und dergleichen mehr. Daß er dem Reichskanzler, welcher ihn absichtlich und ostensibel in den Schatten stellt und zu dieser fast komischen Rolle verurtheilt, nicht gewogen sein kann, das liegt auf der Hand und bedarf keiner näheren psychologischen Begründung.

Aber diese Antipathie, auf welche die Liberalen ihre Hoffnungen setzen, ist im Grund höchst harmloser Natur, sonst wäre sie innerhalb der 20 Jahre in irgend einer That zum Ausbruch und Ausbruch gekommen. An Gelegenheit hat es wahrhaftig nicht gefehlt.

Kurz, die Zukunftspolitik der Liberalen, indem sie sich auf den „liberalen Kronprinzen" stützt, ruht auf sehr, sehr wackliger Grundlage.

Achtundvierziger.

*) Voraussetzung.
**) Sage.

Das alte Spiel.

Herr von Wagener (mit e und von Dummerwitz) macht seit einiger Zeit wieder von sich reden. Und da das ohne Erlaubniß seines undankbaren Schülers, des Junkers Bismarck, kaum möglich wäre, so müssen wir schließen, daß dieser seine Undankbarkeit bereut und zu der Ansicht gekommen ist, Herr von Wagener sei noch sehr gut zu gebrauchen. Und es ist unleugbar: unter sämmtlichen Rathgebern des sozialen Oberkurpfuschers und deutschen Reichskanzlers versteht der genannte Herr das meiste von der sozialen Frage, und ist (seit dem Tode von Rodbertus, dessen Rath aber zu keiner Zeit von Bismarck gehört ward) der Einzige, von welchem vernünftige Vorschläge, wenn auch nicht zur Lösung der sozialen Frage, doch zur politischen Ausbeutung des Sozialismus ausgegangen sind.

Zu Anfang der 60er Jahre, als die Fortschrittspartei dem Herrn Kanzler — damals noch simplen preußischen Ministerpräsidenten — unbequem wurde, setzte Herr Wagener die bekannte schlesische Weberdeputation in Szene und brachte die Annäherung Lassalle's an Bismarck zu Stande. Es sollte für die Arbeiter „etwas geschehen." Außer einem jämmerlichen Versuch zur Gründung einer Produktiv-Assoziation ist aber nichts geschehen. Und da die widerspenstige Bourgeoisie sich nach den „glorreichen Siegen" des Bruderkriegs von 1866 freiwillig unter das Bismarck'sche Joch fügte, dem plötzlich zum „großen Staatsmann" gewordenen Krautjunker für seinen brutalen Verfassungsbruch Indemnität ertheilte und das „Kainszeichen" auf einmal nicht mehr sah, — brauchte Herr Bismarck das rothe Gespenst und die sozialistischen Experimente nicht mehr; das famose „Versprechen des Königs" wurde in den Schornstein geschrieben, und verblieb daselbst fast zwei Jahrzehnte lang.

Erst in neuester Zeit, wo die Bourgeoisie wieder bockbeinig ist, erinnert man sich des Versprechens und sucht die Arbeiter durch den Humbug der „Sozialreform" zu ködern. Sie haben jedoch nicht angebissen, und wäre der Eine oder Andere auch aus Mangel an politischer Bildung auch geneigt gewesen, auf den Köder anzubeißen, so hat Bismarck durch das niederträchtige Sozialistengesetz, dessen er zur Durchführung seiner reaktionären Pläne benöthigt zu sein glaubte, jeden Arbeiter, der einen Funken von Verstand und Ehrgefühl hat, zum glühenden Feind der Bismarck'schen Wirthschaft und insbesondere der Bismarck'schen Sozialreform gemacht. Und die Kapuzinaden des Stöcker konnten hieran ebensowenig ändern, wie die unreifen und verlogenen (Siehe das „Patrimonium der Enterbten") Deklamationen des scheingelehrten Professor Wagner.

Mit dem bisherigen Verlauf der Bismarck'schen Sozialreform-Kampagne ist nun Herr Wagener (mit e) durchaus nicht zufrieden; er hält das Krankenkassengesetz für verfehlt und die übrigen projektirten Sozialgesetze für unzulänglich; er glaubt, daß man den Arbeitern Greifbareres bieten müsse (z. B. Unterstützung von Produktivgenossenschaften) und äußert seine Ueberzeugung dahin, daß die Regierung in ihrer inneren Politik ein schmähliches Fiasko erleben werde, wenn es ihr nicht gelinge, die Arbeiter für sich zu gewinnen.

Anläßlich der jüngsten Hamburger Wahl schrieb Wagener in seinen „Politischen Gesellschaftsblättern", es sei sehr thöricht, daß Konservative sich über den Sieg des Sozialdemokraten ärgerten. „Die Besorgniß der Bourgeoisie, daß die Stellung des fortschrittlichen Liberalismus durch die Sozialdemokraten erschüttert wird, hat sich", so meint er, „durch diese Wahl als begründet erwiesen; und es hat sich bestätigt, was wir von Anbeginn behauptet haben: Daß die Herrschaft der Bourgeoisie nur mit Hilfe des vierten Standes gebrochen werden kann."

Ganz richtig! Eine tiefe Wahrheit! Freilich, auf dem Miste des Herrn Wagener und seiner Hinter- und Nebenmänner ist sie nicht gewachsen. Ein Theil der französischen Legitimisten und später der letzte Bonaparte haben das schon viel früher gesagt, und in England hat der vor wenigen Jahren verstorbene, langjährige Ministerpräsident, Lord Beaconsfield (mit seinem bürgerlichen Namen Disraeli) das Bündniß der Aristokratie mit der Arbeiterklasse als sein und der Jungtories Programm aufgestellt, das in dem hochinteressanten politischen Roman „Sybil" des Näheren entwickelt ist. Die Aristokratie sollte die soziale Frage lösen, und, mit den Arbeitern verbündet, die Mittelklasse (Bourgeoisie) wie zwischen zwei Mühlsteinen zerreiben.

Eine tiefe Wahrheit, ein prächtiger Gedanke! Schade nur, daß die Sache einen Haken hat, und deshalb in England und Frankreich schief ging.

Die soziale Frage kann nicht ohne die Selbsthätigkeit der Arbeiter gelöst werden, und ihre Lösung setzt einen demokratischen Staat voraus, welcher dem Arbeiter die nöthige Bewegungs- und Organisationsfreiheit gewährt. Wir wollen nicht sagen, daß eine, nicht aus Arbeitern bestehende Regierung, an sich unfähig sei, die Lösung der sozialen Frage — man verzeihe uns den vielmißbrauchten Ausdruck! — anzubahnen (wohlgemerkt, nur anzubahnen), aber sie kann es blos dann, wenn sie an die Arbeiter sich wendet, und das große soziale Reformwerk durch die Arbeiter in's Leben führen läßt, indem sie sich bloß die gesetzgeberische Initiative vorbehält, was ihr nicht bestritten werden wird.

Eine solche Regierung wäre aber nicht bloß eine demokratische, es wäre eine sozialdemokratische Regierung. Und das ist der Haken. Die Sozialreform ist möglich, jedoch nur, wenn eine sozialdemokratische Regierung sie in Angriff nimmt. Wenn nicht, nicht. Die französischen Legitimisten waren keine Sozialdemokraten, und darum blieb ihr Sozialismus eine taube Blüthe; die Jungtories (auch „Jung-England" genannt) mit Disraeli an der Spitze, waren keine Sozialdemokraten, und darum absolute Unfruchtbarkeit des von ihnen gepredigten „Staatssozialismus".

Beiläufig speisten die Tories ihre künftigen „Bundesgenossen" nicht ganz mit leeren Versprechungen ab: sie setzten die Zehnstundenbill durch — allerdings weniger aus Arbeiterfreundlichkeit als aus Haß gegen die Bourgeoisie; und die Zehnstundenbill ist eine zehnmal werthvollere „Sozialreform" wie sämmtliche schon geborene und noch ungeborene Sozialgesetze des Herrn Bismarck.

Trotzdem mißlang der Plan der Tories: die englischen Arbeiter verkauften ihr Erstgeburtsrecht nicht für das Linsengericht der Zehnstunden-Bill.

Herr Bismarck, der den deutschen Arbeitern weit Geringeres bietet, als die Zehnstundenbill — der ihnen obendrein die Schmach des Sozialistengesetzes angethan hat — die Peitsche und kein Zuckerbrot! — muß toll sein, wenn er von den deutschen Arbeitern erwartet, daß sie ihm die Hand küssen, und sich nur „Sonhan" auf die Bourgeoisie hetzen werden.

Die Berechnung des Herrn Wagener ist zweifellos richtig: erlangt die Regierung den Beistand der Arbeiter, so wird sie spielend mit der Bourgeoisie fertig. Allein die Rechnung ist ohne den Wirth gemacht, d. h. ohne die deutschen Arbeiter, die für den Urheber des infamen Sozialistengesetzes und der schwindelhaften Sozialreform" nur das Gefühls des Hasses und der Verachtung haben. mt.

Die Martener Arbeiter-Revolte.

Aus Marten bei Dortmund erhalten wir die nachstehende Zuschrift über den in voriger Nummer erwähnten Arbeiterkrawall:

Eine Arbeiterrevolte fand gestern, den 17. Juli, Nachmittags, auf Zeche Germania bei Marten statt. Als die Mittagsschicht genannter Zeche, aus etwa 250 Personen bestehend, zur Anfahrt kam, fand dieselbe einen Anschlag am Schachte, laut welchem die seitherige Arbeitsordnung dahin abgeändert wurde, daß die Ausfahrt eine Stunde später als seither beginnen, die Leute also länger und zwar volle acht Stunden vor Ort arbeiten sollten. Das heißt, diejenigen, die weit im Innern des Betriebs ihren Arbeitsplatz haben und mit den letzten Förderzügen anfahren. Diejenigen Bergleute aber, die mit dem ersten Förderkorb angefahren sind und nahe am Schachte sind, hätten demnach über neun Stunden in der Grube zu arbeiten. Denn wenn ein Bergmann des Mittags um 1 Uhr mit dem ersten Förderzuge angefahren ist und des Abends den letzten Zug erhält, was bei einer Verspätung von fünf Minuten der Fall sein kann — es heißt nämlich: wer fünf Minuten vor Beendigung der Schicht an den Schacht kommt, wird bestraft mit einer Mark Buße, und um die Zeit, wo die Menschenförderung beginnt, strömen wohl 300—400 Mann nach dem Schachte — so kommt er nach dieser neuen Ordnung erst ein viertel vor elf aus Tageslicht, sitzt also 9¾ Stunden in der Grube. Die Morgenschicht wurde von der Neuerung nicht betroffen, d. h. vorläufig, denn wenn erst die Mittagsschicht „reformirt", so wären die humanen Herren der Germania wohl schon bald wieder da. Der betreffende Direktor Grau wird wohl vielen Bergleuten noch von dem Streik auf der Nachbarzeche Borussia bekannt sein, wo er den Arbeitern den Revolver mit dem Bemerken entgegenhielt: Hier, Ihr Hunde, kommt heran, Ihr Feiglinge! Der saubere Held hatte sich allerdings einen Schutz von 12 Gensdarmen

und Polizisten ausgesucht, die ihm den Rücken kalt halten mußten. Kaum also war dieser Patron auf Germania angekommen, so haben auch wir schon die schöne 9—10stündige Arbeitszeit wieder; aber der Herr Direktor Grau war so — muthig, 10 Minuten bevor der obige Ukas angeschlagen wurde, ins Bad zu reisen, damit er seine Hände in Unschuld waschen könne. Die beiden Betriebsführer mußten die Sündenböcke spielen und die von ihm eingebrockte Suppe ausleeren, was ihnen freilich nicht gut bekommen ist.

Unter dem Anschlage befand sich außerdem noch die Bemerkung, daß diejenigen Arbeiter, welche mit der neuen Einrichtung nicht einverstanden seien, sofort ihre Abkehr erhalten könnten. Besonders der letzte Passus war es, der die Arbeiter erbitterte, da die gegenseitige Kündigung vierzehn Tage vor Ablauf des Monats, also am 15. erfolgen muß und nicht willkürlich verfügt werden darf. Von einem Bergmann wurde deshalb am Schacht angeschrieben: „Nicht anfahren!" Dies wirkte, nur wenige wollten die Arbeit unter den so veränderten Verhältnissen aufnehmen, aber auch diese wurden zurückgehalten. Die Arbeiter wählten nun ein aus drei Kameraden bestehendes Komite, welches sich zu dem Betriebsführer begab, um von diesem die Zurücknahme der Neuerung zu erlangen, oder ihn zu ersuchen, der Belegschaft zu erklären, aus welchen Gründen diese Neuerung eingeführt werde. Der Betriebsführer ließ sich jedoch auf gar Nichts ein, zeigte sich auch der erregten Volksmenge nicht, die nun vor sein Haus zog.

Viele wollten daselbst eindringen, um Antwort auf die gestellte Frage zu haben, wurden aber von zwei Gensdarmen — es waren solche seitens der Zechenverwaltung schon vorher requirirt worden — zurückgedrängt. Hierbei erlaubte sich der Gensdarm Hußmann die Frechheit, sein Gewehr durch das Fenster auf die erregten Arbeiter zu richten, um sie, falls sie nicht „pariren", niederzuflüliren. Dies war das Signal zu einem stürmischen Exzeß. Die ohnehin erregte Menge begann das Haus des Betriebsführers und des daneben liegenden Zeichenbüreau zu bombardiren. Alles, was den Arbeitern in die Hände kam, wurde als Wurfgeschoß benutzt, und die beiden Gebäude ganz schauerlich zugerichtet, sogar die Mobilien in den Zimmern sind zum Theil zerstört. Nach allen Richtungen hin ward nach polizeilicher Hilfe telegraphirt, denn die beiden anwesenden Gensdarmen hatten nichts Eiligeres zu thun gehabt, als durch ein Fenster im Hinterhause die Flucht zu ergreifen, um schleunigst nach Dorf Marten zu gelangen, wo die Bauern behufs Allarmirung einer Bürgerwehr Sturm läuten sollten. Aber der größte Theil der Bewohner sind Bergleute, die auf der Zeche waren, und die Uebrigen lehnten das Ansinnen des Herrn Gensdarmen ab. Schließlich kamen Gensdarmen aus dem ganzen Bezirk und Polizeileute aus Dortmund, aber sie konnten alle nichts ausrichten. Die Mittagsschicht, ein Theil der Frühschicht, zu welcher sich schließlich noch die Abendschicht gesellte, wich nicht vom Platze, und wenn auch keine Exzesse mehr vorkamen, so war doch die Haltung Vieler eine keineswegs friedliche. Die Wirthschaften waren auf polizeiliche Veranlassung sämmtliche geschlossen worden. Seitens des königl. Oberbergamtes erschien Geheimrath Runge, und gab sich die größte Mühe, die Ruhe herzustellen. Da aber Seitens der Zechverwaltung eine bündige Erklärung nicht erfolgte, so dauerte diese Volksansammlung bis 11 Uhr Abends, um welche Zeit es den Bemühungen des Polizeikommissarius Wagner aus Dorstfeld gelang, die Arbeiter zum Weggehen zu bewegen. Seinem ruhigen und besonnenen Auftreten ist es zuzuschreiben, daß von weiteren Exzessen Abstand genommen wurde.

Was den Gensdarm Hußmann anbetrifft, der sich bei dieser Gelegenheit so gut benommen hat, so erfolgt hier eine Charakteristik dieses Burschen. Der H. besitzt die Freundlichkeit, bei den Wirthen Biere und Speisen zu prüfen, ohne zu bezahlen, daß sein kurzes Gedächtniß daran schuld daran sei, möchten wir bezweifeln. Alsdann treibt der Herr für eine Firma, Seifarth in Camen, einen Nähmaschinenhandel, für jede verkaufte Maschine erhält er 10 Mark Provision. Wer nun bei dem Herrn gut angeschrieben sein will, muß wohl eine Nähmaschine nehmen. Ferner geht der Herr mit einem bekannten Branntweinbrenner, Tönnis aus Kley, herum, Branntwein zu verkaufen, und wer den Herrn Hußmann nicht böse machen will, muß gleichfalls kaufen, sonst bleiben die bekannten Polizeistrafen nicht aus.

Mit Gruß und Handschlag!

Ein Arbeiter.

***

Der Ausgang der Affäre ist leider der gleiche wie bei allen derartigen Widerstandsversuchen unorganisirter Arbeiter. Die Zechenverwaltung gab insofern nach, als die neue Arbeitsordnung erst vom 15. September ab in Kraft treten soll, und die Arbeiter traten, nachdem ihnen „Indemnität" zugesichert war, allmählig wieder an.

Das heißt, die Indemnität bezog sich nur auf das „Nicht anfahren!" Die „Rädelsführer" der Exzedenten wurden nachträglich verhaftet, die vier zuerst Verhafteten transportirte man sogar in Ketten, und sollen die Einen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung, die Andern wegen Landfriedensbruch und anderer schönen Dinge prozessirt werden. Das Ende vom Liede wird also sein, daß mehrere Arbeiter, die ihrer Wuth über eine als unverschämt anerkannte Zumuthung in unüberlegter, aber nur zu gerechtfertigter Weise Luft machten, auf Monate, vielleicht Jahre in's Gefängniß wandern müssen, damit der „Gerechtigkeit" Genüge geschehe. Dem aufreizenden Gensdarmen geschieht natürlich nichts.

Werden die Arbeiter aus diesen Vorgängen die handgreifliche Lehre ziehen? Werden sie sich aufraffen aus ihrer Lethargie, um Organisationen zu schaffen zur Wahrung ihrer wirklichen Interessen? Oder werden sie fortfahren, abseits der großen Arbeiterbewegung zu stehen, bis ihnen wieder und immer wieder neue Lasten aufgebürdet werden, unter deren Wucht sie schließlich zum denkunfähigen, energielosen Arbeitsthier herabsinken müssen?

Wacht auf, Ihr Sklaven der Grube, rafft Euch auf! Nicht gelegentliche Ausbrüche Eurer gerechten Wuth helfen Euch, sondern bewußte Thätigkeit für die endgiltige Befreiung der Arbeiterklasse insgesammt, Nur durch planmäßigen Kampf könnt Ihr Freiheit und Brod erringen!

Oder wollt Ihr ewig Sklaven bleiben?

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 1. August 1883.

— Aus Sachsen. Sonntag, 15. Juli, fand irgendwo in Sachsen sagen wir im grünen Gewölbe — die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokraten statt. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildeten die bevorstehenden Landtagswahlen. Die gefaßten Beschlüsse werden den Gegnern und Feinden durch die Ausführung rechtzeitig bekannt werden. Für jetzt sei nur erwähnt, daß einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, bei der Wahl keinem einer anderen Partei zugehörigen Kandidaten die Stimme zu geben.

— Staatssozialismus und Staatshumanität. In der letzten Sitzung des Reichstags vor Sessionsschluß brachte Liebknecht den Fall eines Hilfsbriefträgers, Namens Teifel aus Borsdorf bei Leipzig, zur Sprache, der, in seinem Berufe schwindsüchtig geworden, bei schlimmstem Wetter noch über Land gehen mußte, weil er sonst mit seiner Familie hätte verhungern müssen, da keine Krankenunterstützung bezahlt wurde. Als der Mann absolut nicht mehr fort konnte, übernahm die hochschwangere, schwächliche Frau den Dienst, nur um die Mark Lohn welche der großmüthige Arbeitgeber Staat dem Landbriefträger für eine halbtägige Arbeit bezahlt, zu verdienen. Einige Wochen darauf starb der Mann. In ihrer Verzweiflung wandte die unglückliche Wittwe sich an die kaiserliche Postdirektion in Leipzig mit der Bitte um Unterstützung. Sie wurde jedoch abschlägig beschieden. In diesem Stadium war der Fall, als er von Liebknecht vor den Reichstag gebracht wurde. Herr Stephan, obgleich von Liebknecht scharf provozirt, antwortete damals nicht; ein Regierungskommissar, welcher die Postverwaltung in jener Sitzung vertrat, erklärte, es sei Alles in Ordnung; die Postdirektion in Leipzig habe durchaus korrekt gehandelt, indem sie der Familie des bis zum Tode vom Arbeitgeber Staat ausgebeuteten Borsdorfer Landbriefträgers jegliche Unterstützung verweigerte.

Die Wittwe machte hierauf noch einen letzten Versuch; sie richtete ein Unterstützungsgesuch direkt an Herrn Stephan, den großen, mit seiner Gelehrsamkeit und christlichen Korrektheit prahlenden General-Post-Pascha. Die Antwort ist jetzt eingetroffen. Sie rührt gar nicht vom edlen Herrn Stephan her, denn dieser hält es nicht mit seiner Würde vereinbar, an ein armes Proletarierweib zu schreiben — er hat die Sache einfach an die Leipziger Postdirektion zurückgegeben, d. h. an die Behörde, welche das Gesuch schon früher abschlägig beschieden hatte und gegen deren Entscheid an ihn appellirt worden war. Und die Leipziger Generalpostdirektion blieb natürlich bei ihrem ablehnenden Bescheid; sie hielt es jedoch, gleich dem edlen Herrn Stephan, ebenfalls nicht mit ihrer Postwürde vereinbar, direkt an das Proletarierweib zu schreiben, sondern stellte dem Postagenten in Borsdorf den Bescheid zu, mit dem Auftrag, ihn der ängstlich harrenden Wittwe mitzutheilen. Was dann auch geschehen ist. Die Frau des Borsdorfer Landbriefträgers mag nun sehen, wie sie mit ihren 5 Kindern — davon das jüngste ein Säugling — hinkommt. Der großmüthige Arbeitgeber Staat wäscht seine Hände in Unschuld; er kann Arbeiter genug unter denselben Bedingungen erlangen, und so wäre es „unwirthschaftlich" gehandelt, wollte er durch Unterstützung der unglücklichen Wittwe gar noch das „Heirathen und Kinderkriegen der unteren Beamten ermuthigen". Kurz, der Staat als Arbeitgeber hat in diesem Fall wieder einmal gezeigt, daß er an schmutziger Selbstsucht und Herzlosigkeit dem rohesten manchesterlichsten Privatarbeitgeber nicht nachsteht. Und sage man nicht, wenigstens insoferne unterscheide sich der Arbeitgeber Staat vortheilhaft von einem Privatarbeitgeber, als dieser für seinen Privatnutzen, der Staat dagegen für das Gemeinwohl die Arbeiter ausbeute. Für den heutigen Klassen-, Polizei- und Junkerstaat existirt das Gemeinwohl gar nicht — er kennt blos das Wohl der herrschenden Klassen und verbraucht den Schweiß und das Blut der von ihm ausgebeuteten und geknechteten Arbeiter zu den verwerflichsten und niedrigsten Zwecken: zur Erhaltung eines ungeheuren Heeres und einer Armee von Spitzeln und sonstigen überflüssigen und gemeinschädlichen Beamten hohen und niederen Grades; zur Unterdrückung, Verdummung und Aussaugung des Volkes.

Also auch in dieser Beziehung hat der Staat als Arbeitgeber vor dem schlechtesten und gemeinsten Privatarbeitgeber nichts voraus.

Jedenfalls ist es nöthig, bei jeder Gelegenheit den Herren Staatssozialisten und Aposteln des „praktischen Christenthums" den Spiegel der Praxis vor die Augen zu halten, den Widerspruch zwischen Theorie und Wirklichkeit zwischen Worten und Thaten durch den Gegensatz klar und augenfällig hervortreten zu lassen und dem heutigen Staatssozialismus das Brandmal niederträchtigster Heuchelei und Verlogenheit auf die freche Stirne zu drücken. Gleich korrupt und volksfeindlich wie das französische Kaiserreich des Lumps Boustrapa*) hat das deutsche Kaiserreich auf dem Gebiete der „politischen Heuchelei" zehnmal mehr geleistet als das französische: in diesem Punkt hat die Bismarck'sche Kopie das Bonaparte'sche Original unzweifelhaft weit hinter sich gelassen — und gerade die „Sozialreform" ist das Feld, wo die Gleißnerei der deutschen „Staatskunst" sich am ekelhaftesten breitmacht.

— Der Niedergang des Kleingewerbes. Nach einem in der österreichischen „Statistischen Monatsschrift" erschienenen Aufsatz nahm in der Zeit von 1869 bis 1880 zwar die Zahl der selbstständigen Gewerbetreibenden Wiens um 5,665 zu, bei einem Bevölkerungszuwachs von 118,591 Personen (?), aber die Erwerbssteuer stieg nur von 1,012,561 Gulden auf 1,064,880 fl., betrug also pro Gewerbtreibenden 1869 22,08 fl., 1880 dagegen nur noch 20,67 fl. Die Einnahmen der Gewerbetreibenden haben sich also im Durchschnitt verringert. Diese Verringerung ist wesentlich dem Niedergange des Kleingewerbes zuzuschreiben. Es betrug nämlich die Zahl der Unternehmer in Wien

Im Gewerbe der	1869	1880	Abnahme
Bäcker	305	297	8
Schneider	3095	2709	376
Schuhmacher	3117	2631	486
Schlosser	657	645	12
Gürtler und Bronzeure	275	245	30
Weber	1410	881	529
Handschuhmacher	243	180	63
Hutmacher	229	212	17
Buchbinder	306	262	44
Tischler	1768	1663	105
Drechsler	823	720	103
Faßbinder	143	103	40

Man sieht hier unverkennbar, schreibt die „Neue Zeit", der wir diese Notiz entnehmen, wie der Untergang des Kleingewerbes und die Konzentrirung des Kapitals in wenige Hände mit Riesenschritten vorwärts gehen. Was geschieht nun mit den Zugrundegegangenen? Theils werden sie Lohnarbeiter, theils aber wenden sie den letzten Rest ihres Vermögens auf, um sich selbstständig zu erhalten, und werden Zwischenhändler. Man zählte in Wien

	1869	1880	Zunahme
Kleinhändler	5275	5813	538
Gastwirthe	1617	2140	523
Kaffeesieder (Cafetiers)	509	806	297
Branntweinhändler	520	845	328

Es zeigt sich hier deutlich, wie albern es ist, in der Vermehrung der Zwischenhändler die Ursache der wirthschaftlichen Nothstände zu suchen, während sie in Wahrheit eine Folge derselben ist. Die Bestrebungen auf Einschränkung oder gar Beseitigung des Zwischenhandels laufen daher im letzter Instanz nicht darauf hinaus, das „ehrliche Handwerk" zu heben, der „redlichen Arbeit zu ihrem Rechte zu verhelfen" und wie die schönen Phrasen sonst noch lauten, sondern einfach einer Anzahl ruinirter Existenzen die letzte Zuflucht zu rauben. Vom Standpunkt des revolutionären Pessimismus könnte man daher im Grunde nur einer solchen Maßregel zustimmen, für eine solche „Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung" überlassen wir aber gerne die Verantwortung den Stöcker und Konsorten.

— Kein Attentäter da? Bismarck braucht wiederum ein Attentat oder Aehnliches — nicht um die Verlängerung des Sozialistengesetzes durchzusetzen (daran liegt ihm nicht sonderlich viel und er hat sie, Dank der Gefügigkeit des Zentrums, ohnehin bereits in der Tasche), aber um sich dem Kronprinzen, der nun doch „im Laufe der Natur" demnächst auf den Thron kommen muß, unentbehrlich zu machen und auch nach dem Thronwechsel seinen Posten zu behalten. Das Mylaner Unglück hätten seine Subjekte gar zu gerne zu einem hübschen Attentät-chen verarbeitet, es ging aber beim besten Willen nicht. Ebenso unglücklich war man mit dem Wilhelmshafener „Landesverrath", durch den das „rothe Gespenst" in recht gruseliger Gestalt heraufbeschworen werden sollte. Die Genossen werden seinerzeit in den Tageszeitungen gelesen haben, daß vor etwa 9 Monaten in Wilhelmshaven urplötzlich ein Maschinenzeichner von der kaiserlichen Werft und ein Werftarbeiter verhaftet und gleich darauf gegen einen Oberbootsmannsmaten, Namens Glöge, wegen Landesverraths ein Steckbrief erlassen wurde. Es sollte sich um die Auslieferung von wichtigen Staatsgeheimnissen an die französische Regierung handeln und die Thäter sollten mit Gewalt Sozialdemokraten sein. Vor 5 Jahren ein sozialdemokratisches Attentat, jetzt ein sozialdemokratischer Landesverrath schönster Sorte. Nun — die Zeiten haben sich doch etwas geändert; unbesehen, wie vor 5 Jahren, nimmt das Publikum heutzutage kein Attentat und keinen Landesverrath mehr hin, und so mußten denn wohl oder übel Beweise herbeigeschafft werden. Das hatte jedoch seine Schwierigkeiten. Neun volle Monate lang inquirirte man in der probaten Weise der alten Hexenprozesse an den Gefangenen herum — nur daß man statt der physischen Daumenschrauben die moralische Folter anwandte und statt Daumenschrauben zu appliziren, dem Einen die Familie, dem Andern das Geschäft und die Existenz vernichtete — allein es half nichts. Beweise, welche das Licht der Oeffentlichkeit ertrugen, waren nicht zu beschaffen, und so mußte man wohl oder übel die zwei Gefangenen, nachdem man sie zu Grunde gerichtet hatte, in Freiheit setzen und den Steckbrief gegen Glöge zurückziehen.

Ein andermal wird man es besser zu machen suchen.

Herr Bismarck, sagten wir zu Anfang, braucht wieder ein Attentat oder etwas Aehnliches. Und wozu hätte man die Polizei, wenn sie derartige staatsmännische Bedürfnisse nicht befriedigen kann?

Also —

— Die Freigebung der Süddeutschen Post durch die sogenannte Reichsbeschwerde-, alias Reichsgalgen-Kommission hat in einem Theile der Presse zu optimistischen Schlußfolgerungen Anlaß gegeben, welche von mehr Phantasie als gesundem Menschenverstande zeugen. Wenn die optimistischen Phantasiepolitiker oder -Kannegießer Recht hätten, wäre eine neue Aera in der Handhabung des Sozialistengesetzes eingetreten, und hätte jetzt eine „milde Praxis" begonnen, welche den Uebergang zur gänzlichen Abschaffung dieses — freilich ebenso dummen als schuftigen Gesetzes bilden würde. Obgleich wir nicht glauben, daß irgend einer unserer Parteigenossen einer so kindlichen Auffassung der Dinge fähig ist, so wollen wir doch kurz nachweisen, warum die erwähnten Schlußfolgerungen jeden Grundes entbehren.

Es ist wahr, die „Süddeutsche Post" hatte eine schärfere Sprache geführt, als verschiedene Preßorgane, welche seit Inkrafttreten des „Sozialistengesetzes" unterdrückt und schließlich auch von der „Reichsgalgenkommission" erdrosselt worden sind; und wahr ist ferner, daß die „Süddeutsche Post" notorisch und eingestandenermaßen zum großen Theil von Sozialdemokraten gehalten wurde — ein Moment, welches früher in Preußen und Sachsen zur Unterdrückung einer Zeitschrift ausreichte.

Allein, wenn die Reichsgalgenkommission der Süddeutschen Post gegenüber eine andere Praxis befolgte, als in früheren Fällen, so erklärt sich dies zur Genüge aus dem Umstand, daß das Verbot der „Süddeutschen Post" von bayrischen Behörden ausgegangen war. Bayern ist in Berlin nicht „gut Kind", wie das von Hrn. Nostiz-Wallwitz elegant der Annexion zugeführte Sachsen und, wie jeder halbwegs Eingeweihte weiß, macht es der preußischen Regierung viel Spaß, den Bayern etwas im Zeuge zu flicken, und liebt sie es notorisch, verhaßten Parteien und Regierungen den Stein der Sozialdemokraten in den Garten zu werfen. Durch einen Formfehler, dessen auch in den Entscheidungsgründen der Reichsgalgenkommission gedacht ist, hatten die bayrischen Behörden es versäumt, Artikel anzugeben, deren Inhalt, außer dem Verbot einer einzelnen Nummer, die Unterdrückung des Blattes und das Verbot seines Weitererscheinens, motivirten oder motiviren sollten — und dieses, allerdings grobe Versehen, gab dann der Berliner Oberbehörde die willkommene Gelegenheit zu einer Ohrfeige an die Adresse der bayrischen Bundesbrüder. Also nicht der Sozialdemokratie eine Gefälligkeit erzeigen, sondern den bayerischen Behörden einen Schlag versetzen, wollte die Reichskommission. In München hat man das auch verstanden.

— „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in einem preußischen Herzen!" Am 27. Juli verkündet das „Deutsche Tageblatt" offiziös, der Reichskanzler verspüre trotz eingetretener Besserung „sehr wenig Lust, diese körperlich günstige Position zu benutzen und die erforderliche Reise nach Kissingen anzutreten, möchte vielmehr lieber — — — den Sommer dort (in Friedrichsruh) gänzlich zubringen." Am 29. Juli, zwei Tage später, erfährt die Welt durch den Telegraphen, daß Bismarck am 28. Vormittags von Friedrichsruh nach Kissingen abgereist sei.

Der Eingangs zitirte Ausspruch rührt von Niemand anders her als von Bismarck.

Vorsicht ist der bessere Theil der Tapferkeit, sagt — Falstaff.

— Aus Leipzig schreibt man uns: Zu dem „Fall" des jüngst ausgewiesenen Studenten habe ich einen höchst interessanten Nachtrag zu liefern. Das Manuskript des Vortrags, welcher zu der Ausweisung und den sonstigen Polizeimaßregeln geführt hat, ist von Professor Roscher geprüft, und der Vortrag von diesem in einem amtlichen Gutachten ausdrücklich als „durch und durch wissenschaftlich" bezeichnet worden. (Ich muß hinzufügen, daß der Vortrag strikt nach dem Manuskript gehalten wurde und Extemporationen nicht vorkamen.) Nun ist zwar Professor Roscher der größte aller lebenden (und vielleicht auch der todten) Katheder- und sonstigen Konfusionsräthe, aber trotzdem für die Gelehrtenwelt eine Autorität auf dem Gebiete der Nationalökonomie und jedenfalls besser als ein Polizei-Assessor im Stande, zu beurtheilen, was wissenschaftlich und was nicht wissenschaftlich ist. Daß Herr Polizei-Assessor Hohlfeld hierzu nicht im Stande ist, das weiß sogar der Herr Polizei-Assessor Hohlfeld.

Wohlan, das Gutachten des Professors Roscher hat die Rücknahme des Ausweisungs-Ukases nicht nur nicht zur Folge gehabt, sondern die Polizei noch zu weiteren Verfolgungen angestachelt. Nicht genug, dem Arbeiterbildungsverein einen heimtückischen Dolchstoß versetzt zu haben, an welchem sich diese hochnützliche Bildungsanstalt wahrscheinlich verbluten wird, hat die Polizei nun noch den Plan gefaßt, den Studenten-Verein, in welchem der, die Ignoranz des Polizei-Assessor Hohlfeld enthüllende, Vortrag zuerst gehalten wurde: die „freie wissenschaftliche Vereinigung" durch Chikanirungen und Maßreglungen jeder Art zu Grunde zu richten. Die „freie wissenschaftliche Vereinigung" ist ein so genannter Debattirklub hiesiger Studenten; er hat politisch absolut keine Farbe, und wenn bei der Diskussion nationalökonomischer Themata die kathedersozialistische Richtung hervorgetreten ist, so liegt dies darin, daß der Kathedersozialismus jetzt auf sämmtlichen deutschen Universitäten vorherrscht. Der wahre Grund, warum dieser Studentenverein unserer Polizei und den Reaktionären überhaupt ein Dorn im Auge ist, hat indeß mit der Politik nichts zu thun: die Mitglieder sind keine Biersäufer und keine Raufbolde alias Duellanten, und das paßt nicht in unser heutiges System, welches die Verdusselung und Verrohung des Volkes erstrebt, weil es ohne sie nicht bestehen kann. Gewöhnten die deutschen Studenten sich das kommentmäßige Saufen und Pauken ab, so würden sie nicht, im Vergleich zu der studirenden Jugend anderer Länder, eine so klägliche Rolle spielen und Vorkämpfer der Freiheit sein statt, wie jetzt, blinde Verehrer des Despotismus, der die niedersten Instinkte in ihnen pflegt, um sie zu desto fügsameren

*) Boustrapa — der Beiname des sog. Napoleon III., zusammengesetzt aus den Anfangssilben der Orte, wo dieser kaiserliche Hallunke sein Mord- und Raubhandwerk besonders eklatant ausübte: Boulogne, Straßburg, Paris.

Werkzeugen zu machen. Das Mittel ist auch probat: die ärgsten Saufbolde und Raufbolde werden fast ausnahmslos die servilsten Beamten.

Noch eins, ehe ich weiter gehe: Herr Professor Roscher meinte in seinem „wissenschaftlichen" Gutachten, der Vortrag sei durch und durch „wissenschaftlich", und „ganz frei von sozialdemokratischen Ideen." Der erzgelehrte Herr Konsistorialrath scheint also keine Ahnung davon zu haben, daß die Sozialdemokratie auf dem Boden der Wissenschaft steht, daß die wissenschaftliche Nationalökonomie die Nationalökonomie der Sozialdemokratie ist, und daß der Katheder-sozialismus, welchem er das Recht der Wissenschaftlichkeit zuspricht, zur einen Hälfte Quatsch, zur andern Plagiat an der Sozialdemokratie ist. Oder hält etwa der Herr Konsistorialrath den Quatsch für Wissenschaft oder meint er doch wenigstens, der Quatsch verleihe das wissenschaftliche Gepräge, die wahre wissenschaftliche Weihe?

Der Sparig als Friedensbrecher und Rebell — das ist das Neueste. Von dem „Ehrenamt" eines Branddirektors, wie von anderen „Ehrenämtern" entfernt, hat der Sparig, der überhaupt mit dem Gemeinderath seiner Gemeinde Reudnitz — seit er nicht mehr regiert — auf gespanntestem Fuße steht, dem neuen Branddirektor den Gehorsam versagt und mit Hülfe der paar ihm noch gehorsamen Feuerwehrlipel eine kleine Emeute inszenirt, die neulich um ein Haar zu seiner Verhaftung geführt hätte, und jedenfalls zu einem Prozeß wider ihn wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, wo nicht wegen Aufruhrs führen wird. Seit der Bursche von seiner Höhe herabgestürzt und Gegenstand der allgemeinen Verachtung geworden ist, hat er sich seiner bekannten Lieblingsleidenschaft mit so ausschließlichem Eifer ergeben, daß er schon Anfälle von delirium tremens hat und auch in „lichten Augenblicken" seiner Sinne nicht mehr vollkommen mächtig ist. Sic transit gloria mundi!

„Vom Kriegsschauplatz nichts Neues." Unter Gottes gnädiger Fürsorge steht Alles aber gut — wofür unserm gottesfürchtigen Herrn Polizeidirektor spezieller Dank geschuldet ist und hiermit auch ausgesprochen sei.

— Viel Vergnügen! Wilhelm, Kaiser von Deutschland, und Franz Joseph, dito von Oesterreich, treffen, wie die Zeitungen melden, am 7. August in Ischl zusammen. In verschiedenen Hotels, heißt es weiter, sind bereits Zimmer für — vierzig Ballerinen des Wiener Hofoperntheaters bestellt worden.

Viel Vergnügen!

— **Aufgepaßt!** Aus Bielefeld meldet man uns das Durchbrennen des dortigen Polizeisergeanten Alex Niederöe, gebürtig aus der Wiesbadener Gegend. Niederöe erfreute sich trotz offenkundiger Schwindeleien der besonderen Protektion seiner Behörden, die auch, als von München-Gladbach die Kunde kam, daß Niederöe sich dort gestellt habe, äußerten, man möge ihn nur laufen lassen. Da der saubere Ordnungsheld neben Schuldenmachen in letzter Zeit namentlich das edle Schnüffelhandwerk gegen Genossen von uns betrieb, so wird vermuthet, daß Niederöe, sei es im Ausland, sei es in Deutschland selbst, speziell diesem ehrenhaften Berufe sich zunächst widmen wird. Die Genossen allerorts seien daher vor ihm gewarnt.

Niederöe ist mittlerer Größe, stark gebaut, hat dunkelblondes Haar und Vollbart — den er sich vielleicht jetzt abschneiden dürfte — und hat hinten am Hals eine tiefe, von einem Schuß herrührende Narbe. Er geht ein wenig gebückt und spricht das „r" sehr scharf aus. Sein ursprünglicher Beruf war Buchbinder.

Weiteres über diesen Burschen sowie über Bielefelder Zustände überhaupt in nächster Nummer.

— Von Nah und Fern. In Preußen-Deutschland wüthet seit neuester Zeit wieder einmal der „Krieg im Frieden". Die oppositionellen Zeitungen wimmeln förmlich von Berichten über Soldatenmißhandlungen, Unverschämtheiten von Offizieren gegen Zivilpersonen und desgleichen mehr. So lange aber dieselben Blätter es nicht wagen, grundsätzlich dem Militarismus zu Leibe zu gehen, wird alles Geschrei über derartige durch die Ausnahmestellung des Militärs geradezu provozirten Uebergriffe wirkungslos bleiben. Dem Schaden gegenüber, den das im deutschen Reiche bestehende Militärsystem in wirthschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung dem deutschen Volke zufügt, fallen die Uebergriffe kaum noch ins Gewicht.

Angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit tritt der Lohnkampf der deutschen Arbeiter nach und nach in den Hintergrund, dagegen werden die organisatorischen Arbeiten um so eifriger betrieben. Von größeren Streiks nimmt augenblicklich immer noch der Tischlerstreik bezw. Ausschluß in Stuttgart unser Interesse in Anspruch. Nach den zuletzt eingetroffenen Nachrichten sind die Aussichten für die Sache der Arbeiter günstig. Ausdauer auf der Seite der Ausgeschlossenen, und fortgesetzte Hilfe von Seiten der nichtstreikenden Brüder sind allerdings unbedingt nothwendig, wenn der Sieg errungen werden soll. Bis zum 25. Juli waren von auswärts 4277 Mk. 78 Pf. aus Stuttgart selbst 3468 Mk. 30 Pf. Unterstützungsgelder eingelaufen. In der Liste der auswärtigen Orte fehlt Zürich; dies findet darin seine Erklärung, daß die Schreiner Zürichs zu gleicher Zeit selbst einen Streik auszufechten hatten, der übrigens mit einem Sieg der Arbeitersache endete. Sie würden sonst sicher nicht die Letzten gewesen sein, die Solidarität der Arbeiter praktisch zu bethätigen.

Das in der letzten Reichstagssession zustande gebrachte Krankenkassengesetz soll am 1. Dezember in Kraft treten. Es ist von der größten Wichtigkeit für die Arbeiter, sich vorher über die Konsequenzen dieses Gesetzes klar zu werden und die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, der ihnen drohenden Beeinträchtigung ihrer bisherigen Unabhängigkeit durch Beitritt zu bestehenden, oder Schaffung anderer fehlender, unabhängiger Krankenkassen vorzubeugen. In Baden und Württemberg hat in verschiedenen, sehr zahlreich besuchten allgemeinen Arbeiterversammlungen der sozialistische Abg. Blos die „erste sozialreformatorische Arbeit" des deutschen Reichstages einer scharfen Kritik unterzogen. In Mühlburg bei Karlsruhe suchte in einer solchen Versammlung der Volksparteiler Dillinger für seine Partei Propaganda zu machen, fand jedoch in dem Arbeiter Ehrhardt einen heftigen Opponenten, der ihm mit Recht die nationalliberale Haltung der Volkspartei bei der Abstimmung über das Krankenkassengesetz vorhielt. Auf die jammervollen Argumente, mit denen die „demokratische Korrespondenz" aus diesem Anlaß die Abstimmung nachträglich zu motiviren sucht, kommen wir vielleicht noch zurück.

„Rosen auf den Weg gestreut". In Konstanz fand am 22. Juli ein großes Turnfest statt, zu dem extra aus Leipzig ein Extrazug mit 1000 sächsischen Turnern eintraf. Auf ihrem Umzuge durch die Stadt wurden dieselben zu ihrer nicht geringen Ueberraschung mit zierlichen Bouquets förmlich überschüttet. Noch größer war die Ueberraschung, als sie entdeckten, daß in jenem Bouquet etwas verborgen lag, und sie steigerte sich noch, als es sich ergab, daß dieser Inhalt aus — sozialdemokratischen Flugblättern bestand. Und da sagt man noch, wir Sozialisten wüßten nicht, was guter Ton ist!

In Berlin hat die Polizei die Bücher der Max Hirsch'schen Arbeiter-Invalidenpensionskasse konfiszirt, und zwar auf die Beschwerde eines früheren Kassenmitgliedes hin. Es ist ein Skandal, und für die Hirsch'schen Manipulationen charakteristisch, daß selbst fortschrittliche Blätter die Maßregel der Polizei als nicht ungerechtfertigt bezeichnen müssen. Nachdem diese Invalidenkasse von Generalversammlung zu Generalversammlung ihre Beiträge erhöht hatte, die sie Anfangs, um Bauernfang zu treiben, lächerlich niedrig normirt hatte, hat sie auf der letzten Generalversammlung die Karenzzeit mit rückwirkender Kraft (!) von 5 auf 15 Jahre erhöht, und da sie außerdem für Zwistigkeiten mit ihren Mitgliedern einen schönen Passus hat, der den gerichtlichen Weg ausschließt und ein aus Mitgliedern der Kasse bestehendes Schiedsgericht vorschreibt, so sind die mit ihren Maßregeln nicht einverstandenen, um ihre Beiträge betrogenen Mitglieder absolut wehrlos. Auf diese Weise war es möglich, daß einem Arbeiter, der sechs Jahre Mitglied war und Invalide wurde, nicht nur die Pension verweigert, sondern er außerdem aller seiner Ansprüche an die Kasse für verlustig erklärt wurde! Da hört schließlich Alles auf!

Die österreichischen Sozialkonservativen haben neuerdings ein soziales Programm ausgeheckt und nach großer Wichtig- und Geheimthuerei in die Welt hinausgeschleudert, das auf die alte Utopie von der ständischen Verfassung hinausläuft. Von den Arbeitern wird dieses von frommen Phrasen triefende Machwerk mit dem verdienten Hohngelächter beantwortet werden.

Aus Amerika liegen jetzt Berichte über die Vorkommnisse vor, welche den Ausschluß der Newyorker Cigarrenarbeiter zur Folge hatten. Sie lauten ähnlich, wie wir voraussetzten. Die Mitglieder der „International Union" haben bei einem Konflikt in einer Werkstatt (Ottenberg Brothers) ihre Kameraden von der „Progressiv Union in schmählicher Weise verrathen. Es arbeiteten in der betreffenden Werkstatt ca. 150 Mitglieder der „Progressiv Union" und nur 40 Mitglieder der „Internationalen Union". In einem Konflikt mit den Prinzipalen nun — es handelte sich um den Modus der Lohnauszahlung — waren es gerade die Letzteren gewesen, die scheinbar von einem Nachgeben nichts wissen wollten, als aber die Prinzipale zwei Mitglieder der Arbeiterkommission entließen, und wunderbarer Weise just die, welche der Progressiv-Union angehörten, da blieben sie — einige ehrenhafte Mitglieder ausgenommen — ruhig an der Arbeit anstatt mit ihren Kollegen zu streiken, bis die widerrechtliche Entlassung zurückgenommen war. Infolgedessen wurden sie von den Streikenden als „Skabs", d. h. Antigewerkschaftler, betrachtet und ihre Entlassung gefordert. Das gab der Prinzipalkoalition Veranlassung, im Interesse der „Freiheit der Arbeit" den Ausschluß aller Unionsmitglieder zu inszeniren. So weit bis jetzt Nachrichten da sind, ist die Stimmung der Arbeiter eine entschlossene und siegesgewisse. Möge sie die Oberhand behalten und das schmutzige Manöver, denn es handelt sich da sicher nicht um einen „zufälligen" Streit, sondern es soll ein „test"-case, ein für die Zukunft maßgebender Fall, entschieden werden. Schmach aber über die Verräther an der Arbeitersache!

In Genf haben die Arbeitslosen eine Demonstration veranstaltet, um die Regierung zu veranlassen, für Arbeit zu sorgen. Durch die Dazwischenkunft der Polizei entstanden, wie gewöhnlich, Unruhen, die zu Verhaftungen führten. Mene tekel!

— Sozialistische Presse und Literatur. Aus Mailand erhalten wir die erste Nummer eines neuen sozialistischen Wochenblattes „Il Fascio Operajo" (Das Arbeiterband). Dasselbe erscheint in großem Format und wird, wie es scheint, von dem „Verein der Söhne der Arbeit" herausgegeben. In dem Antrittsartikel wird dem tiefempfundenen Bedürfniß Ausdruck gegeben nach Zusammenfassung aller Arbeiterelemente Italiens in eine „Italienische Arbeiter-Liga", deren höchstes Ziel wäre „die volle Befreiung der Arbeiter von der Unterdrückung des Kapitals und die internationale Verbindung aller Arbeiter der Welt."

Es heißt dann weiter:

„Gleich entfernt von ausschließlichen Sektirereien wie von unbesonnenen Mitteln, die nur dazu dienen, die Befreiung der Arbeiter zu verzögern, wollen wir den breiten Weg des praktischen Vorgehens einschlagen, wie ihn der gesunde Menschenverstand, das Studium, unsere Erfahrung und der Rath unserer Arbeitsgenossen erheischen."

Wir begrüßen den neuen Mitstreiter aufs Wärmste.

Ferner ist auf unserem Redaktionstisch eingetroffen:

B. Malon, Manuel d'Economie sociale Paris, Derveaux.

Wir behalten uns eine eingehende Besprechung dieses 382 Druckseiten umfassenden Buches vor.

— Frankreich. Wie wir bereits in vorletzter Nummer schrieben, hat es sich bei den Unruhen von Roubaix nicht um einen anarchistischen Putsch, sondern um einen von der übereifrigen Polizei provozirten Krawall gehandelt, der allerdings und mit Recht die radikal gesinnte Arbeiterschaft dieser Stadt aufs Höchste erbitterte. Die verhältnißmäßig hohen Strafen, mit welchen die „Tumultuanten" belegt wurden, haben zur Steigerung dieser Mißstimmung nicht wenig beigetragen. Es ist ein wahrer Skandal, wie schüchtern die französischen Gerichte gegen die monarchistischen Krakehler sich benehmen, die von Tag zu Tag frecher auftreten und mit Drohungen und Aufrufen zur Bergewaltigung der Republik nur so um sich werfen, während sie die „Ausschreitungen" wirklicher Republikaner nicht hart genug strafen können. „Hätte ich eine weiße Fahne" — das Abzeichen der Legitimisten — „in der Hand gehabt, so wäre ich billiger als mit einem Jahre davon gekommen", sagte der zu dieser Strafe verurtheilte Paul Burty, und die Pariser „Justice" setzt hinzu: „Treffender konnte man sich nicht ausdrücken".

Der bisher in Lille erschienene Forçat" ist eingegangen, dafür erscheint jetzt daselbst, im gleichen Sinne redigirt, „Le Vengeur" (Der Rächer.)

Der Grund zu dieser Veränderung ist wohl in den Prozessen zu suchen, wie denen der treffliche Kämpfer der Arbeitersache verschüttet wurde. Ferner werden für Amiens, Armentières, St. Pierre-lez-Calais und Roubaix Separatausgaben dieses Blattes unter entsprechenden Titeln herausgegeben. Ueberhaupt geht es mit der sozialistischen Bewegung in Nordfrankreich unzweifelhaft vorwärts.

Es würde wohl auch an anderen Orten besser gehen, wenn nicht die Spaltung unter den Sozialisten wäre. Das hat sich auch letzthin bei der Wahl in Narbonne gezeigt. Bei den Wahlen von 1881 war der Revolutionär Digeon mit 7000 Stimmen in die Stichwahl gekommen, wo er 8074 St. erhielt, diesmal erhielten Fournière (sozialistischer Kandidat) 2318 Stimmen, Digeon, der übrigens wiederholt erklärt hatte, unter keinen Umständen anzunehmen, aber trotzdem von seinen Anhängern aufgestellt ward, 1790 Stimmen, und zum Ueberfluß war noch ein dritter Arbeiterkandidat aufgestellt, der aber nur 63 Stimmen auf sich vereinigte.

Das sieht nichts weniger als ermuthigend aus. Es ist unzweifelhaft, daß die revolutionäre Tradition, welche die Franzosen vor uns Deutschen voraus haben, wie beiläufig alle Traditionen, einer gesunden Parteibildung mehr hinderlich als von Nutzen ist.

Wie günstig im Grunde die Situation einer wohlorganisirten sozialistischen Partei wäre, hat sich wieder am letzten Sonntag bei der Gemeinderathswahl im 13. Arrondissement gezeigt. Dort haben sämmtliche bürgerlich radikalen Kandidaten es für nöthig gehalten, sich den Titel sozialistisch beizulegen. Das zeigt, wie stark die öffentliche Meinung dem Sozialismus sich zuneigt. Und wie viel Stimmen erhielt der Kandidat, der von Rechtswegen den Sozialismus vertrat? Von 1576 abgegebenen Stimmen fielen auf den Arbeiter Boisson ganze 130. Im fünften Arrondissement erhielt der Arbeiter Chabert 261 von 3107 Stimmen.

In der Kammer streiten sich Radikale und Opportunisten wegen der Eisenbahnfrage herum. Die Ersteren sind für Rückkauf der den großen Kompagnien gehörigen Bahnen durch den Staat, während die Opportunisten für Verträge mit den betreffenden Gesellschaften stimmten. Da unter den heutigen Umständen beim Rückkauf der Preis auf jeden Fall ein zu hoher sein würde, so können wir in die Entrüstung der Radikalen über die Ablehnung der Verstaatlichungsprojekte nicht einstimmen, wenngleich wir gar nicht bezweifeln, daß es die Kompagnien, beziehungsweise Rothschild, an „Trinkgeldern" nicht haben fehlen lassen. Trinkgelder würde auch bei der Verstaatlichung nicht gefehlt haben, denn auch da gibt es, wie Deutschland zeigt, „was zu handeln".

Gegen die Redaktion der „Bataille" und verschiedene Revolutionäre ist wegen Beschimpfung und Bedrohung der Richter, die Louise Michel verurtheilten, Anklage erhoben worden.

Korrespondenzen.

— **Rendsburg**, 22. Juli. Die Wahlkampagne hat für unsere Polizei-, richtiger Paschawirthschaft mit einem großen Fiasko geendet, so daß zwischen unserem Kandidaten und dem Fortschrittler eine Stichwahl stattfinden muß, was seit dem Jahre 1874 nicht mehr vorgekommen ist.

Trotz aller erdenklichen Chikanen, welche man uns in den Weg legte, erlangte unser Kandidat, Genosse Heinzel, eine Stimmenzahl von 6651, also 1826 Stimmen mehr als bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1881.

Der miser—, pardon liberale Professor Hänel hatte ein Stimmendefizit von 1450 Stimmen und der konservative Kandidat Graf Reventlow mußte ebenfalls mit einem Defizit von 273 Stimmen abschließen, was auf Konto Nachlässigkeit und Gleichgiltigkeit zu setzen ist; bei einer etwas größeren Rührigkeit der Konservativen hätten dieselben mindestens einen Zuwachs von 1000 Stimmen erhalten, welche dem großen Hahn abgezapft worden wären, denn auch hier kommt das Sprichwort: „Der Bauer will für sein Geld etwas sehen und hören!" zur Geltung. Darum heraus mit den öffentlichen Wählerversammlungen, in denen die verschiedenen Meinungen sich geltend machen können! Nur so ist ein richtiges Wahlresultat zu erzielen.

In Nachstehendem will ich über die Polizei-, resp. Paschawirthschaft in Rendsburg vor und während der Wahl einige Details mittheilen.

Vor Allem reiste der „wirkliche" Bürgermeister zwei Wochen vor der Wahl auf vierwöchentlichen Urlaub, wahrscheinlich um mit seinem Anstands- und Rechtsgefühl allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Nach erfolgter Abreise erhielt sein Stellvertreter, Senator Lehmann, das Szepter in die Hand gedrückt, der es auch mit aller Wucht über die bösen Sozialdemokraten schwenkte und Alles, was von uns herrührte, „vernichtete".

Unser erstes Flugblatt, welches in allen den Bevölkerungsklassen, an die es gerichtet war, mit großer Befriedigung aufgenommen ward, wurde auf Anzeige des Herrn Lehmann bei der Regierung von derselben verboten. Eine angesagte allgemeine Wählerversammlung wurde an demselben Tage, da sie stattfinden sollte, von Lehmann verboten; die dazu angeklebten Plakate wurden auf Anordnung Lehmann's (die Lehmann's scheinen von guten Vorfahren abzustammen) von den Polizeidienern mit und ohne Mordinstrument abgekratzt, und zwar mit „beglacóten Tatzen" — ein köstliches Schauspiel. Die Folge dieser Maßregeln war, daß sich die unabhängig denkende Bevölkerung Rendsburg's auf Seiten der Unterdrückten stellte, was sich auch am Wahltag dokumentirte. Im Jahre 1881 hatte Heinzel hier 293 Stimmen erhalten, diesmal erhielt er 414, also ein Mehr 121 Stimmen, während Hänel 177 Stimmen weniger erhielt als im Jahre 1881. Also nur immer so weiter gewirthschaftet, Herr Lehmann, dann erhalten Sie auch als sozialdemokratischer Agitator das Prädikat: „Sehr gut!"

Unser zweites Flugblatt ereilte ein noch viel schnelleres Geschick, denn der sozialdemokratische Agitator Lehmann ließ dasselbe ohne Verbot von Haus zu Haus wieder abholen mit dem Bemerken, „das Flugblatt ist verboten." Auf Anfrage eines Genossen bei Lehmann, wer denn das Flugblatt verboten habe, konnte demselben nur mitgetheilt werden, daß die Flugblätter von der Polizei konfiszirt werden, und als sich Lehmann und der Polizeikommissär Arps belehren lassen mußten, daß das Verbreiten eines nicht verbotenen Flugblattes kein Vergehen sei, wurde der Arps wild wie ein angeschossener Eber. Denn „was die Polizei thut, ist wohl gethan." Wir gemeingefährlichen Sozialdemokraten aber wollten das nicht einsehen (pfui!) und sorgten für Ersatz der konfiszirten Exemplare.

Am Vorabend der Wahl erhielten die Nachtwächter Ordre, für diese Nacht eine Stunde länger Dienst zu thun, und der Dienst der Polizisten begann darauf Morgens 4 Uhr, Alles natürlich unentgeltlich. Der Polizeipascha Lehmann war in furchtbarer Aufregung, es war doch unbedingt für diese Nacht eine sozialdemokratische Hauptaktion geplant, und diese wollte der Herrscher von Rendsburg mit seinen Gimpeln verhindern. Es wurde uns erzählt, daß es ein recht genußreicher Morgen gewesen sei, als alle 14 Polizeibeamte (Nachtwächter mit eingerechnet) Straße auf und Straße ab trabten, um die bösen Sozialdemokraten auf frischer That zu ertappen. Aber Alles umsonst, denn wir hatten schon Abends vorher von all' diesen Vorsichtsmaßregeln Wind erhalten und leisteten uns just an diesem Morgen einen langen und stärkenden Schlaf, zum Aerger der Polizei. Morgens 8 Uhr begannen wir unser Werk, und den ganzen Tag über wurden die Leute fleißig ermuntert, was das obige günstige Resultat zur Folge hatte. Es mag vielleicht von Manchem gesagt werden, wir haben aber doch schon in Rendsburg auf unseren Kandidaten 607 Stimmen vereinigt! Diesen diene hiermit Folgendes zur Information: daß Rendsburg, eine Militär- und Beamtenstadt, in den besten Jahren 1873—78 mindestens 2—3 mal mehr Arbeiter beschäftigte als gegenwärtig, und daß die noch vorhandenen Arbeiter in ihrer Meinungsäußerung so sehr gedrückt sind, daß es mehrfach vorkommt, daß dieselben mit Stimmzetteln versehen von ihrer Arbeit nach dem Wahllokal geführt werden. Und das nennt man „freies Wahlrecht"!" Schwamm darüber!

In dem Wahlkreis Kiel-Rendsburg, welcher aus 5 Städten und 250 bis 280 Dörfern besteht, bedarf es noch harter Arbeit, ehe ein Sozialdemokrat in den Reichstag gesandt wird, denn aus dem Landkreis Rendsburg allein ist in 49 Dörfern nicht eine einzige Stimme für Heinzel abgegeben worden! Und was ist diesmal aufgewendet worden, um die Bauern zu bekehren! Aber Alles umsonst, und wie hier, so noch an vielen Orten.

Unsere Stimmzettelausträger auf dem Lande wurden wiederum verhaftet, eingekerkert, bis auf die Haut entkleidet, ja sogar ihre Stiefel und Strümpfe wurden nach staatsgefährlichen Schriften untersucht, aber Alles umsonst, so daß man sie nach zweistündiger Freiheitsberaubung wieder loslassen mußte. Aber Alles geschah „von Rechtswegen".

Unseren Genossen in Kiel und Neumünster für das erzielte gute Wahlresultat ein donnerndes Hoch! Möge die Stimmenzahl bei der Stichwahl sich verdoppeln, damit Eurem Mühen der Lohn, und der Sieg der unsere wird!

Nun noch einmal nach Rendsburg zurück.

In unsern Mauern existirt ein „Auch"-Arbeiterverein mit zirka 400 Mitgliedern, welcher das schöne Prinzip verficht: Aufklärung und Belehrung unter den Arbeitern zu verbreiten. In diesen Verein meldeten sich im April d. J. 12 wirkliche Arbeiter, um auch etwas von obiger Lehre zu empfangen; sie wurden aber sämmtliche mit dem Vermerk abgeschubst, daß, wenn sich diese Anmeldungen wiederholen, der Vorstand von seinem Posten gedrängelt wird. Folglich muß ein Vorstandssitz im Arbeiterverein — es gibt deren 11 — ein einträgliches Geschäft sein.

Die hiesige Spar- und Leihkasse gibt aber auch zum Wohle des Vereins jährlich 1200 Mk. her, d. h. für den Vorstand, Professoren, Doktoren, Lehrer, Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker und eine Portion Speichellecker, von denen mehrere mit Gefängniß und einer sogar mit Zuchthaus bestraft sind; aber alle sind „Auch"-Arbeiter. Ehrlichen Arbeitern jedoch, welche sich im Schweiße ihres Angesichts Tag für Tag abrackern, wird die Aufnahme verweigert, man erklärt sie somit für ehrlos. Der Administration der Spar- und Leihkasse rathe ich daher, bei einem im nächsten Jahre zu vertheilenden Geldüberschuß darüber nachzudenken, ob das an den Arbeiterverein gegebene Geld zum Nutzen der Insassen Rendsburgs verwendet wird. Ich sage bestimmt Nein, denn da, wo für den Arbeiter etwas geleistet werden soll, schließt man den Arbeiter aus.

Den Arbeiterverein wird dasselbe Schicksal erreichen, das im Laufe dieses Jahres der allgemeinen Krankenkasse, einem von der Spar- und Leihkasse im Laufe der Zeit mit 6666 Mk. unterstützten, durch und durch korrumpirten Institut, passirte, nämlich sich von dem wirklich gesunden Institut, der von Arbeitern verwalteten Krankenkasse, trotzdem diese durch das Sozialistengesetz stark belästigt wird, in Gnaden aufnehmen lassen zu müssen. Sobald das Vereinsrecht durch Aufhebung des Sozialistengesetzes wieder Giltigkeit erlangt, werden die wirklichen Arbeiter Rendsburgs einen gesunden und kräftigen Arbeiterverein schaffen, und dann ade „Auch"-Arbeiterverein! Die Administration der Spar- und Leihkasse

würde obige 1200 Mk. nutzbringender anwenden, wenn sie alljährlich zwei oder drei kleine, d. h. arme Handwerker einen dreimonatlichen Kursus in der Fachakademie absolviren ließe.

Ihr aber, Arbeiter Rendsburgs, schließt Euch der Arbeiterbewegung an, beweist, daß Ihr Eure wahren Interessen erkannt habt und Eurer Bedeutung Euch bewußt seid, denn ohne Euch Nichts und mit Euch Alles!

Und am Tage der Stichwahl Alles auf Posten!

Und wie hier, so überall!

Ein sozialdemokratischer Agitator,
auch Lehmann.

— **Dresden,** 11. Juli. Schon längere Zeit ist es her, daß kein Bericht von hier im „Sozialdemokrat" erschienen ist. Nicht, als ob es hier an Stoff dazu mangele — im Gegentheil: wollte ich über alle Chikanen und Schurkereien der Gegner, sowie der Hochlöblichen, berichten, so müßte ich eine ganze Nummer in Anspruch nehmen. Der Grund des langen Ausbleibens war nämlich der, unser Organ so viel als thunlich mit Lokalberichten zu verschonen, um den Raum lieber für allgemein belehrende politische und ökonomische Erörterungen offen zu lassen.

Die Lohnbewegung der verschiedenen Branchen ist auch bei uns in Fluß gekommen, leider etwas zu spät, so daß für dieses Jahr an ein erfolgreiches Vorgehen der Arbeiter kaum gedacht werden kann. Einige Branchen, so u. A. die Bauhandwerker, sind noch nicht einmal organisirt. Schaffen dieselben jedoch dieses Jahr eine gute Organisation, um nächstes Jahr zu Anfang der Bausaison geschlossen vorgehen zu können, so wird ihr Unternehmen unzweifelhaft von Erfolg gekrönt werden. Das zeigt uns ja Berlin, wo die Arbeiter sich rechtzeitig organisirt und daher auch Erfolge aufzuweisen hatten.

Die Tischler haben sich so ziemlich organisirt, und schickten sich an, Versammlungen einzuberufen, nachdem sie vorher einen Fachverein gegründet hatten. Sie hatten jedoch die Rechnung ohne — die Polizei gemacht. Wohl erhielten die Einberufer polizeilicherseits die Erlaubniß zur Abhaltung von Versammlungen, aber jedesmal entzog der betr. Lokalinhaber in letzter Stunde sein Lokal. Auf Befragen erklärten die betr. Wirthe (es war bereits bei sämmtlichen Saalbesitzern Dresdens der Versuch gemacht worden, eine Versammlung zu Stande zu bringen) es sei ein „vornehmer Herr" dagewesen, und hätte ihnen gesagt, daß, wenn sie ihr Lokal zu solchen Versammlungen hergäben, sie viel Schaden haben würden u. dgl. mehr. Wer der „vornehme Herr" gewesen sei, war uns Allen klar, nur fehlten uns die Beweise, bis endlich der Besitzer von „Braun's Hotel" so ehrlich war, und uns den ganzen Rummel erzählte. Es sei ein Kriminalgensdarm bei ihm gewesen und habe ihm gedroht, daß, falls er sein Lokal zur Versammlung hergäbe, ihm das Militär entzogen würde, keine Militärkonzerte mehr bei ihm abgehalten werden dürften und dergleichen mehr.

Nachdem uns noch der Wirth die Person des Polizisten näher bezeichnet hatte, stellte es sich heraus, daß es Mossiö Fichtner gewesen war. Wer paßte auch besser zu solchen schuftigen Manipulationen, wie dieses ehrlose Subjekt, das schon Dutzende von Meineiden auf dem Gewissen hat. Wie oft schon hat dieser Hallunke durch wissentlich falschen Eid unsere Genossen um Freiheit und Existenz gebracht!

Endlich gelang es doch, bei einigen Wirthen, die sich nicht beeinflussen ließen, Versammlungen zu Stande zu bringen, und waren dieselben von Arbeitern und — Polizisten massenhaft besucht, wobei die Letzteren, Allen voran der Kommissar Paul, derselbe Paul, der in einem Bordell — pardon in einer „Weinhandlung" auf der kleinen Brüdergasse „Stammgast" ist, durch provozirendes Auftreten die Versammlung zu verhindern suchten.

Der Fachverein der Schuhmacher, welcher bereits seit drei Jahren besteht, und dessen Mitglieder früher tüchtige Parteigenossen waren, ist der Indifferenz verfallen; diese Leute haben sich von dem öffentlichen Leben beinahe ganz abgeschlossen und vertreten in ihrem Verein die bornirte Ansicht, daß die Schuhmacher, wenn sie praktisch durchgebildet seien, den Kampf mit dem Großkapital erfolgreich durchführen könnten. Sie sind ganz glücklich, daß ihr Fachverein bei der Polizei „so gut angeschrieben" steht. Nicht einmal in der für die Schuhmacher so wichtigen Angelegenheit der Arbeitsbücher hat der Fachverein auch nur den Versuch gemacht, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, und den Arbeiterstandpunkt in dieser Frage zu wahren, resp. gegen diesen Schwindel zu protestiren. Hoffentlich rassen sich die Schuhmacher auf, um den Fachverein nicht zu einer mittelalterlichen Zopfgesellschaft herabzudrücken, wozu er jetzt auf dem besten Wege ist.

Unsere sächsischen wie überhaupt die deutschen Preßkosaken machen immer noch in sittlicher Entrüstung über die Deutschenhetzen in Oesterreich; daß aber das Land der Gottesfurcht und frommen Sitte seine eigenen Bewohner von Ort zu Ort hetzt, sie materiell ruinirt, und jeden Ausländer, der eine andere politische Meinung hat, als es im deutschen Büttelstaat erlaubt ist, dito kujonirt, das finden diese Skribifaxe ganz in der Ordnung. So wurde vor einigen Wochen der Schriftsetzer Ränitz, ein geborener Ungar, von hier ausgewiesen. Da Ränitz weder „bestraft" ist, noch sich sonst irgendwo „vergangen" hatte, wohl aber Sozialdemokrat ist, so suchte man ihn erst auf indirektem Wege los zu werden, indem man einen Spitzel zu dem Prinzipal des Ränitz schickte und ihn bei demselben seiner politischen Stellung halber zu verdächtigen suchte, in der Hoffnung, ihn so arbeits- und subsistenzlos zu machen. Als dies aber wider Erwarten nicht gelang, wies man Ränitz kurzer Hand aus. Ueber solche schuftige Maßregeln hat unsere Presse natürlich kein Wort des Tadels, weder der „anständige" Anzeiger, noch das Organ der Dresdner Dünger-Export-Gesellschaft auf der Marienstraße.

Am 31. Mai spielte sich wieder einmal nach längerer Pause im hiesign Landgericht ein Sozialistenprozeß ab. Angeklagt waren der Bürstenmacher Fromm, der Mechaniker Weiß, Handarbeiter Wilke wegen Verbreitung sozialistischer Schriften. Fromm, welcher sieben Wochen in Untersuchungshaft gesessen und ein Opfer gedankenloser Schwätzerei geworden, wurde freigesprochen, Weiß und Wilke zu je 14 Tagen Gefängniß verdonnert.

Der Stand unserer Bewegung ist im Allgemeinen ein guter und sehen wir den im Herbst kommenden Landtagswahlen mit guter Zuversicht entgegen.

H. E. Reid.

ER an die Sozialdemokraten.

Von einem rothen Kapuziner.

Heiss a, Juchheissa, Dudeldumdei
Das geht ja hoch her, — trotz Polizei!
Sind das gesetzte Unterthanen, ehrsame Bürger,
Oder Sanskulotten und blutgierige Würger?
Ist das eine Art, sich aufzuführen?
Ihr geht zu Kongressen, laßt die Löbliche sich blamiren;
Statt wie in guten alten Zeiten fromme Schafe zu bleiben,
Trotzt Ihr der Staatsgewalt, laßt Euch den Bebel verschreiben!
Meint Ihr denn, wir haben keine Gefängnisse mehr?
O, wir haben noch Richter, Gesetze, Staatsanwälte und anderes mehr.
Ihr glaubt nicht an Krankenkassen-, Invaliden- und Unfallgesetz,
Alle unsere schweren Sorgen sind Euch ein leeres Geschwätz,
Euch gottvergessenen Sozialdemokraten.
Statt ruhig zu schaffen mit Feile und Hammer, mit Hacke und Spaten,
Führt Ihr aufrührerische Reden, horcht jedem Lästermaul,
Lauft Ihr der rothen Fahne nach, seid zu Staatsgefährlichem nie faul,
Treibt allerhand frivole Allotria, —
Glaubt Ihr die Staatspolizei sei zum Narren da?
In's heilige deutsche Reich der frommen Zucht und Sitte,
Bringt Ihr demokratische Unzucht und soziale Unsitte.
Mein Befehl: Keine Götter sollst Du haben neben mir! —
Ist Euch Quark; statt Bismarck ist der Marx Euer Plaisir.
Ihr achtet nicht Kaiser noch Reich, verleugnet was groß, was hehr,
Selbst den Lehren der Kirche lauscht Ihr nicht mehr. —
O glückliche Zeit, wo das Jenseits der Herren Pastores
Noch ernst nahm das Volk und das Gezänk der Theologiso Professores!
Jetzt verleugnet Ihr frech die göttlichsten Einrichtungen
Und behauptet keck, das seien menschliche Erdichtungen.
Mit allem Heiligen treibt Ihr Spott,
Habt depossedirt den alten Herrgott,
Und zuletzt, o ich armer geschlagener Mann,
Kommen sogar noch Euere Fürsten daran!
Sei Landrath, Fürst, Priester oder König man,
Das Alles ficht Euch verflucht wenig an.
Wer, zum Teufel, kann eine solche Bande regieren,
Wenn sie auf so eine höllische Art thut opponiren!
Sonst war der Deutsche doch fromm und geduldig,
Ihr aber bleibt keinen Gegenschlag schuldig.
Doch daran sind schuld die verruchten Naturwissenschaften;
Und der ††† französischen Revolution sogenannte Errungenschaften.
Die haben das schöne Märchen vom Jenseits zerstört,
Das göttliche Recht der Fürsten zu bekritteln gelehrt.
Und was soll ich erst sagen von Eurer Nationalökonomie?
S' ist wahr, die staatlich approbirten Lehrer haben weder Witz noch Genie,
Ihre Logik, wenn sie je welche hatten, ist längst nicht mehr koscher,
Wer glaubt heute noch an Leute wie Roscher?
Müßt Ihr deswegen aber gleich dem Lassalle nachlaufen,
Und gar, der Teufel schlag drein, die Marx'schen Bücher Euch kaufen?
Alles auf Erden trägt Samen, kriegt Junge, vermehrt sich offenbar,
So auch das Kapital mit Zinsen und Prozenten, das ist doch klar.
Ihr Schlucker, Ihr Hungerleider, aber habt Nichts zu verlieren,
Drum denkt Ihr auch ans Reformiren oder gar Revolutioniren.
Vergeßt ganz, daß nur der Mann galt, gilt und wird gelten,
Der einen goldenen Löffel mit brachte in diese beste der Welten;
Oder der, eigener Gründer des Glücks, mit geschickter Hand
Des Glückes Karten vortheilhaft zu mischen verstand.
Was schadet's, wenn, um so großen Zweck zu erreichen,
Der Gründer thut knappemang am Zuchthaus vorbeistreichen?
Ist Einer erst zu Reichthum gekommen,
So wird er auch gleich in die gute Gesellschaft aufgenommen;
Die Nichtshaber aber, die Arbeitsbienen,
Die müssen, so ist's bestimmt, uns dienen,
Denn der Reichthum ist kein leerer Wahn:
Ehre, Achtung, Stellen und Würden hängen daran.
Was ist natürlicher, als daß, wer einen Arbeiter miethet,
Auch über das erzeugte Produkt frei gebietet?
Spricht man Euch aber von des Kapitals Entbehrungslohn,
So schreit Ihr gleich: Das ist der von den Arbeitern entbehrte Lohn?
Was soll denn Eure tolle Erdreistung,
Zu schreien, der Kapitalist zahl' Euch nur 6 Stunden für 12stündige Arbeitsleistung?
Wo thut denn bleiben sein Profit
Wenn er Euch Euren vollen Arbeitsverdienst gibt?
Ein solches Treiben ist ja unerhört
Und staatsgefährlich Alles, was Ihr begehrt.
Von was soll denn die gute Gesellschaft leben,
Wenn Ihr wollt das Privateigenthum aufheben?
Grund und Boden und Häuser, Arbeitswerkzeug und Maschinen
Sollen, meint Ihr, statt Privaten, künftig nur dem Staate dienen.
Mit dem könnt' ich mich allenfalls noch befreunden,
Aber, Ihr Schwärmer, wollt stiften Arbeitsgemeinden.
O, Ihr Prinzipienreiter, Ihr Gleichheitsmänner, macht mir Verdruß —
Ganz anders als in Eurem Kopf malt sich in meinem der Sozialismus:
Ich bin gewiß ein arbeiterfreundlicher Mann,
Wenn die Arbeiter meinem Willen sind unterthan;
Aber wenn Ihr wollt einen eigenen Willen haben,
Da soll doch gleich ein heiliges Donnerwetter drein schlagen.
Ihr nennt Euch Volksführer, seid in Wahrheit Volksverführer,
Verbreitet das Gift der Unzufriedenheit in alle Glieder.
Aber, Herrgott von Spandau, noch lebt die Polizei!
Gegen Uns gestatten wir Euch keine Volksaufwiegelei.
Nicht Diebe, Betrüger und Hallunken machen uns Schmerzen,
Viel mehr liegt uns der Gehorsam des Volkes am Herzen,
Den zu erhalten scheuen wir keine Gesetzübertretung,
Zudem haben wir ja in der Hand die Kniffe der Gesetzgebung
Und behalten natürlich auch das Recht der Gesetzauslegung,
Wenn Ihr auch zetert und schreit von Gesetzverdrehung.
Nichts hätt' ich dagegen, wenn Ihr die Hölle machtet heiß
Den Liberalen, den Juden und sonstigem ordinären Geschmeiß.
Aber ungeschoren müßt Ihr mir lassen beim Höllenkrater!
Den stolzen Adel, die fromme Kirche, den greisen Landesvater.
Drum geht in Euch, fügt Euch ruhig den Staatsgewalten
Und lasset alles Politische hübsch beim Alten;
Ertränkt in Bier oder Schnaps nach Neuerungen den Durst,
Sonst thut, was Ihr wollt, das Uebrige ist mir Wurst!

ICH.

An die Genossen im 14. hannover'schen Wahlkreise.

Die Celler Genossen ersuchen Euch, zwecks Organisation für die nächste Wahl Adressen aus den verschiedenen Orten entweder direkt nach Celle oder aber an irgend einen unserer Reichstagsabgeordneten zu übermitteln.

Warnung.

Um weiteren Denunziationen vorzubeugen, und damit früher oder später die Genossen nicht in die schlimme Lage kommen, warnen wir hiermit vor dem Drechsler Ernst Willecke, Bruder des aus Leipzig ausgewiesenen Tischlers Rudolph Willecke. Derselbe hat schon zu wiederholten Malen hiesige Parteigenossen in öffentlichen Lokalen und in Gegenwart von Polizeibeamten denunzirt. Er spielt sich mit besonderer Vorliebe als Sozialdemokrat auf, sucht dieselben zu seinen Zwecken zu gewinnen, um sie später, wenn sie ihn durchschaut haben, auf alle Art einzuschüchtern und schließlich zu denunziren. Dieses saubere Handwerk betreibt er hauptsächlich gern in Krankenkassenversammlungen, und glaubt er dieses als Bevollmächtigter der hiesigen Filiale der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und verwandten Berufsgenossen (Hamburg) an ihm persönlich unliebsamen Personen und gestützt auf jenes bekannte Zirkular vom vorigen Jahr ungestraft ausführen zu können.

Zeitz, im Juli 1883.

Die Vertrauensleute von Zeitz.

Erklärung.

Ich erkläre es als eine gemeine Verleumdung der Tribune de Genève, mir die Autorschaft des mit Sch. gezeichneten, im Most'schen Revolutionsmoniteur erschienenen Artikels zuschreiben zu wollen, und erkläre zugleich, Herrn Sch. persönlich nicht zu kennen.

Genf, im Juli 1883.

Ludwig Klopfer.

Wir lehnen jede Gemeinschaft mit den Anarchisten und dem in der „Freiheit" erschienenen Artikel, der mit Sch. unterzeichnet und „Die freie Schweiz" betitelt ist, ab.

Genf, im Juli 1883.

Für den Lokal-Ausschuß der deutschen Sozialisten in Genf:
O. Fechner.

Quittung.

Auf Wunsch des Kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins zu London sind mir 102 Mark, die für den nunmehr beendeten Weberstreik in Meerane gesammelt waren, durch Genosse Viktor Friedländer in Meerane übersandt worden.

Ferner wurden mir für den gleichen Zweck gesammelte Mk. 141,07 durch H. Rudolf in Brooklyn zur anderweitigen Verwendung zugestellt.

Borsdorf-Leipzig, 27. Juli 1883.

A. Bebel.

---

5 Mark

durch Herrn August König in Newyork für die Familie unseres verstorbenen Genossen Minkwitz dankend erhalten.

Die Stötteritzer Parteigenossen.

Briefkasten

der Redaktion: H. Seiffert, Buchbinder aus Tondern, hier: Wir bestätigen Ihnen gern, daß der seinerzeit gegen Sie ausgesprochene Verdacht der Betheiligung an der Denunziation wider den Buchbinder Reinhold Köhler durch die inzwischen ermittelte Thatsache, daß Köhler eine Schwindler ärgster Sorte ist, jede Begründung verloren hat. Es ward auch sofort in der Warnung vor Köhler (Nr. 1 des „Sozialdemokrat" von diesem Jahre) ausdrücklich gesagt, daß „der Verdacht der Selbstdenunziation in der Affäre Stuttgart, 13. September (siehe „Sozialdemokrat" Nr. 39 v. J.)" auf Köhler ruhe, da aber trotzdem vielfach die damalige, auf den Aussagen Köhler's beruhende Warnung als noch in Kraft bestehend betrachtet wird, so sei dieselbe hiemit ausdrücklich widerrufen.

der Expedition: Ferd.: War schon in 30 quittirt. Verlangtes ging am 24/7. durch O. R. Weiteres besorgt. — P.-Gen. Paris: 20 Tausend Bfm. dkd. erh. — G. D. Lyon: Fr. 2,50 Ab. 3. Qu. erh. — P.-Gen. Pforzheim: Mk. 20,— für die Kieler Stichwahl dkd. erh. — Oncel: Mk. 25,— Abon. 3. Qu. erh. — Dr. Bdkt. Agu.: Fr. 7,80 f. Schrft. erh. — S. A.: Fr. 1,25 zur Bekämpfung Hänel's dkd. erh. — C. Mz. Z.: Fr. 12,— Ab. 3. Qu. erh. — J. L. Chanxdefonds: Fr. —,60 f. Schft. erh. — W. Fs. Br.: Mk. 3,— Ab. erh. Weiteres durch Freundeshand. — J. H. Schwtz.: Mk. 3,— Abon. 3. Qu. erh. — L. Kb. Jhn.: Mk. 3,— Ab. 3. Qu. erh. — M. P. R.: Mk. 21,60 Ab. 3. Qu. 2c. erh. — Der Alte G.: Mk. 18,— Ab. 3. Qu., Mk. 5,— pr. Agsd. und 40 Pfg. f. Schft. dkd. erh. Adr. notirt. Deckadr. war gründlich verhauen. Näheres bfl. — Roland: Mk. 50,— à Cto. Ab. 2c. erh. Weiteres erwartet. S. war am 30/7. hier. Der Andere noch nicht. — A. H. Bkrst.: Fr. 5,— Ab. 3. u. 4. Qu. erh. Hptsdg. geht stets pünktlichst. Nr. 28 total vergriffen. — Russ. Post: Fr. 30,— à Cto. erh. — Zinnober Ztn.: Fr. 4,25 Ab. 1. u. 3. Qu. sowie Schft. erh. Sdg. pr. †bd. fort. — Rundmacher: Mk. 35,— Rest 3. Qu. und Mk. 29,80 f. Schft. erh. Alles abgerückt. — Lodernde Flamme: Mk. 3,— Ab. 3. Qu. und Mk. 1,— pr. Ufd. dkd. erh. — J. G. Kbg.: Mk. 8,60 Ab. 3. u. 4 Qu. erh. — Bäff: Mk. 92,— f. Schft. erh. Bfe. kreuzten sich. „Ladung, Zeugen, Sachbetreff sind in Ordnung". „Bäff, bäff, bäff!" — —. G. Rl. de Bed.: Fr. 6,50 Ab. 3. Qu. u. 4. Qu. nebst Schftn. erh. — T. v. Main: Mk. 45,— Ab. 2. Qu. erh. Längst erwartete Mehrbestllg. 2c. notirt. — Kleiner Thrgr.: Mk. 32,4) Ab. Juli u. Mk. 3,20 f. Schft. erh. Bfl. am 29/7. Weiteres. — Catilina: Fr. 3,— f. Schft. erh. — Cäsar Sch. Z.: Fr. 1,50 f. Schft. erh. — F. F. Wld. Mk. 1,— Ab. Aug. erh. — Eintracht Nachfolger: Mk. 75,— à Cto. Ab. und Schrft. erh. Gut! — H. O. Paris: Fr. 2,50 Ab. 3. Qu. erh. — P. G. Oschatz: Mk. 5,— pr. Ufd. dkd. erh. 50 Pfg. 2c. nach Vorschrift vorgemerkt. — W. D. jr. Dr.: Mk. 3,30 Ab. und Schft. erh. Nicht „Usus", sondern lapsus pennae war's. ††† himmel — — — Erbetenes umgehend senden, um Cto. Fds. zu ordnen. — Vevey D. B.: Schlußabrchg. von Meer. haben noch nicht erh., aber erbeten. Weiteres besorgt. — A. H. Clyde: Bf. u. P.-K. v. 15. u. 16/7. erh. Alles fort, auch Zuschneidekunst. Allseits Grüße! — Dische Gen. Newyork: Fr. 330,80 (Doll. 60) 2. Rate f. d. Hamburger (Kieler) Wahl d. Wbfsd. dkd. zugewiesen. — G. A. Seeger, Baltimore: Einverstanden. Alles hier.

Für die streikenden Weber in Meerane (Sachsen)

werden zunächst durch dortige Vertrauensleute noch nachstehende Posten quittirt:

Deutscher Verein Vevey Mk. 12,80, P.-G. Konstanz Mk. 6,—, P.-G. Liege Mk. 10,08, durch Bley (?) Mk. 2,—, P.-G. London Mk. 102,—, P.-G. Köln a. Rh. Mk. 13,35.

Schlußaufstellung in Bälde!

Abonnements auf den „Sozialdemokrat"

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 8, Hottingen.
Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstrasse.
Basel Deutscher Verein.
Bern Restaurant „Hahnenkopf", Zeughausgasse.
Deutscher Verein.
Chur F. Pfaum, Buchdruckerei Conzett.
Zug F. Sigle, im Allgem. Arbeiterverein.
Luzern Wagner, Hofstrasse 41 a.
Genf Chr. Raab, Deutscher Verein.
Frauenfeld Heinrich Meyer, zur Blume.
Lausanne Arbeiter-Leseklub, Café Helvetia, Rue Chenau du Bourg.
St. Imier G. Roth, pr. Adr. Picard & Bloch.
Biel Schwarz, Wirthschaft Bigler, Juravorstadt.
Schaffhausen Vogler, zum Steinadler.
Paris Martin Schulz, 90 Rue Faubourg St. Antoine, Hôtel du Nord.
Kopenhagen K. C. Hördum, Römersgade 22 Stuen.
Gent Jan Finjaer, Belgradstraat 36.
Brüssel A. Hochheim, rue de l'escalier 4.
M. Starke, cordonnier, Rue grand Carmes 9.
Verviers Charles Picreaux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
Amsterdam Café Cosmopolite, Dykstr. 33.
Antwerpen Ph. Coenen, rue Dambrugge 11.
London
Communist. Arb.-Bild.-Verein, 49 Tottenham Street, Tottenham Court. Road, W.
H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W.
J. W. Goodblood, Tobacconist, 29 Foley Street, Off Tichfield Street.
York & Co., Buchhandlung 131 a, London Wall, City
Mr. H. Stevens, Stationer, 223 Goswell Road E. C.
Mr. H. Schackwitz, Friseur, 10 Featherstone Str., City
Mr. Charles Schmidt, Foreign Provisioner, 17 Gray Str. Silbertown.
Mr. Klotzbach, Friseur, Edward Street, Soho.
Mr. Schaper, Restauration, 41 Greek Street, Soho.
Mr. B. Broul, 104 Whitfield Street, Tottenham Court Road.
Mr. Gee, Stationer, 42 High-Street Islington.
Castleford bei Yorkshire Theobald Völkel, 1 Dentonterrasse.
Hull Friedr. Ronniger, Balkanstreet.
Bukarest W. Bast, Strata Occidentului 13.
New-York
John Heinrichs, 83 Allen Street.
H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City.
Jos. Strauss, 356 East. 19 Street.
A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung", 184 William Street.
Jean Gross, 176 Ost 3. Street.
Philadelphia
W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Street, care of Philad. Tageblatt.
F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.
Chicago Jll. A. Lanfermann, 401 Divisionsstreet.
Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Mercer Street
St. Louis, Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue.
Baltimore, Md., Gust. A. Seeger, 7 Watson Str.
Lawrence, Mass. Louis Martin, 35 Park Street.
Buenos-Aires Rudolfo Mücke, Calle 25 de Mayo 241.
San Francisco, Cal. C. Blass, Notoma Street 611.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.